blick punkt

Nr. 238
Oktober 1990

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

Wieder Griff ins Portemonnaie geplant

Die SPD/GBL-Stadtregierung von Mörfelden-Walldorf plant einen schlimmen Anschlag auf die Geldbeutel der Bürgerinnen und Bürger.
Ab 1. Januar sollen höhere Abwassergebühren verlangt werden - darüber hinaus ist dem neuen Stadtkämmerer eingefallen, die Kosten für die Sanierung der Kläranlage über Anliegerbeiträge der Grundstückseigentümer zu finanzieren. Im Klartext heißt das die Aufteilung des Investitionsvolumens von 27 Millionen auf die vorhandenen Anschlüsse. Pro Einfamilienhaus wären dann ca. 2000 Mark zu bezahlen.
Bei diesen Plänen bleibt es nicht. Steigen sollen die Gewerbesteuer und die Müllgebühren. Bei der "Abfallbeseitigungsgebühr" denkt man an eine Erhöhung von 45 Prozent.

Bleibt die Frage, ob sich die Bürgerinnen und Bürger alles gefallen lassen - oder ob sie mit Protesten versuchen, den Anschlag auf den Geldbeutel zu vereiteln.
In Büttelborn und in Riedstadt, wo man ebenfalls über "Anliegerbeiträge" nachdenkt, gibt es jedenfalls geharnischte Wortmeldungen. In Riedstadt wurden 5.170 Beitragsbescheide verschickt, dabei gingen 1.005 Einsprüche zurück.

Mal sehen, wie sich es hier entwickelt- Der "blickpunkt" wird jedenfalls über die anstehenden parlamentarischen und außerparlamentarischen Diskussionen berichten. rh

Aus: "Kontrapunkt", IG Medien

Umweltschutz kostet Geld

Da haben sie sich was ausgedacht bei der SPD und der GBL. Über "Einmalbeiträge" sollen die Grundstückseigentümer die Kläranlagensanierung bezahlen. Pro Anschluß denkt man so an 2000 Mark - als wenn das nichts wäre.
Dazu noch die Erhöhung der Abwassergebühren und die gewaltig gestiegenen Kosten für die Müllabfuhr. Nun stimmt zwar der Satz Umweltschutz kostet Geld". Die Frage bleibt aber, ob der "kleine Mann" wieder einmal alles bezahlen soll.
Bemerkenswert, wie eiskalt der neue Stadtkämmerer alles vorträgt. Auch der SPD-Fraktionschef redet locker und gar nicht nachdenklich über die Anhebungen. Und die GBL? Still ruht der See! Was haben sie früher bei solchen Anlässen den Mund aufgerissen. Aus - vorbei - eingekauft - verkauft!
Was tun? Natürlich muß man sich Gedanken machen, wie das alles zu bezahlen ist. Aber immer muß man auch an die Betroffenen denken - die sozialen Folgen beachten. Und man darf nie vergessen, über unseren städtischen Tellerrand hinauszublicken. Dorthin, wo Steuergelder immer noch für militärische Großmachtpläne verpulvert werden. Dorthin, wo Milliarden an Subventionen für die Großkonzerne ausgegeben werden. Dort müssen Änderungen erfolgen und dafür muß man streiten.
Aber man muß auch kritisch die örtlichen Ausgaben untersuchen, muß den Finger auf diverse teure Fehlleistungen legen. Nicht zuletzt darf man an die Koalitionskosten erinnern, die mit der Einrichtung eines teuren grünen Stadtratpostens entstanden sind.
Aber daran wollen Sozialdemokraten und GBL nicht erinnert werden.

Nicht nur im "Goldenen Apfel" auch im Rathaus steckt der Wurm

Anscheinend ist unser Bürgermeister Bernhard Brehl als Baudezernent und seine Verwaltung in letzter Zeit sehr stark überfordert. Denn nicht nur im "Goldenen Apfel" ist vieles schief gelaufen und wurde vieles teuerer als geplant, sondern auch bei der Schlußabrechnung anderer kommunaler Bauvorhaben wurde das festgestellt. Im Altenwohn- und Pflegeheim, dem größten Bauvorhaben das die Stadt zur Zeit durchführt, ist die gleiche Tendenz festzustellen. Die Frage drängt sich auf, wie es bei der Kläranlage wird.
Das kann man nun nicht allein mit den steigenden Preisen abtun. Die Worte des Bürgermeisters, der meint, er kenne kein Bauvorhaben, das nicht am Ende teuerer geworden sei als ursprünglich geplant, sind leicht dahingesagt. Es sind unterschiedliche Gründe, die zu Verteuerungen oder zu nicht eingeplanten Kosten führen, wie z.B:

- Wenn die planenden Architekten bei der Kostenermittlung zu niedrige Preise ansetzen, die später, nach den Ausschreibungen bzw. Angebotseinholungen, gewaltig höher ausfallen.

- Wenn Umplanungen vorgenommen werden (wie im "Goldenen Apfel") und die Architekten erst Jahre später mitteilen, daß sich hierdurch auch ihr Honorar erhöht. (Honorarerhöhung von 450.000 DM allein beim "Goldenen Apfel".)

- Oder wenn schlichtweg Dinge bei der Kostenermittlung vergessen werden, wie z.B. eine Brandmeldeanlage im Heimatmuseum (52.440 DM).

- Wenn die Firmen Nachforderungen haben und die von der Stadt bezahlten Fachingenieure sehr schnell ihren "Haken" hinter die Preise setzen. Wie jetzt Nachforderungen für den "Goldenen Apfel" ca. 270.000 DM. Die Begründungen für diese Mehrkosten sind, mehr als fadenscheinig zu bezeichnen, und darüber wird noch nicht das letzte Wort gesprochen sein.

Alles in allem wird das Bauvorhaben "Goldener Apfel" mit Museum nahezu eine Million teurer werden, als von Bürgermeister Brehl noch vor einem Jahr öffentlich verkündet wurde.
Hierin sind 150.000 DM für noch nicht in Auftrag gegebene Arbeiten, unter anderem für die Ausgestaltung des Gewölbekellers enthalten.
Über diese Mehrkosten wurde den Stadtverordneten eine Vorlage unterbreitet, die nur mit den Stimmen der SPD und der Grünen Bürgerliste angenommen wurde. Die DKP beantragte eine Verschiebung der Vorlage, um besser prüfen zu können, und auch die CDU beantragte eine gesonderte Prüfung durch das Kreisrechnungsprüfungsamt. Beide Vorschläge wurden mit den Stimmen der SPD und GBL abgelehnt.
Der Stadtkämmerer und 1. Stadtrat Vorndran hat nun bereits Vorschläge unterbreitet, wie er das Finanzloch wieder stopfen will, nämlich mit Mehreinnahmen bei den Eintrittsgeldern im Waldschwimmbad und bei Mahngebühren, sowie bei Streichungen bzw. Kürzungen der Ausgabenansätze von Straßensanierung, sozialem Wohnungsbau, und beim reduzierter Ankauf von Grundstücken. So einfach denkt sich das der Kämmerer.

Wie läuft das bei den anderen Bauvorhaben?

Wir sind gespannt auf die Abwicklung der noch laufenden Bauvorhaben des Altenwohn- und Pflegeheimes und der Erweiterung der Kläranlage. Bei dem Pflegeheim zeichnen sich schon jetzt gewaltige Summen ab, die zum Zeitpunkt der Kostenermittlung durch den Architekten nicht erfaßt wurden. Hauptsächlich im Bereich der Möblierung sind anscheinend damals nicht die neuesten Erkenntnisse in die Kostenermittlung eingeflossen und es wird sich zeigen, ob die recht hoch zu Buche schlagenden Preise für die ingesamt 90 Pflegebetten berücksichtigt wurden. Auch hier hat man anscheinend seine liebe Last mit dem Architekten.
Immerhin erhält der Architekt auch von den Mehrkosten noch einmal sein Honorar.

DKP protestiert gegen die Mauer am Altenwohn- und Pflegeheim

Ein weiterer Vorfall am Altenwohn- und Pflegeheim geht zu Lasten des Architekten.
In der letzten Stadtverordnetenversammlung machte die DKP-Fraktion darauf aufmerksam, daß als Einfriedung mit einer sehr hohen massiven Sichtbetonmauer begonnen wurde. Der DKP-Stadtverordnete Dötsch fragte, ob es sich um eine "geschlossene Anstalt" handele.
Nachdem Bürgermeister Brehl auf Rückfrage mitteilte, daß ihm eine solche Ausführung in dieser Form nicht bekannt sei, beantragte die DKP-Fraktion einen Stopp bei der Errichtung dieser Wände. Nun hat der Magistrat eine Ortsbesichtigung vorgenommen und es sollen jetzt die bereits fertiggestellten Wandteile, im Bereich der Schubertstraße, bis auf eine Mindesthöhe von 1,50 Metern abgeschnitten werden. Für solche Schildbürgerstreiche haben wir kein Verständnis.
Alle diese geschilderten Vorfälle dürften bei einer aufmerksamen Kontrolle und fachlichen Begleitung eines Bauvorhabens nicht passieren. Aus den Beispielen müssen Lehren gezogen werden.

Heinz Hechler

Wir bedanken uns bei allen die dem "blickpunkt" helfen.

Unser Konto: Kreissparkasse Groß-Gerau, Konto-Nr.9003419,BLZ 50852553

KURZ NOTIERT

Der "Spar"-Markt ist geschlossen - was nun?

Der Spar-Markt zwischen Bürgermeister-Klingler- und Schumannstraße ist zu. Das Stadtparlament hat mit Mehrheit gegen die DKP-Abgeordneten entschieden, daß ein Bebauungsplan für diese Fläche aufgestellt wird - mit größerer und höherer Bebauung als jetzt. Die bebaute Grundfläche kann nun um ca. 200 qm erweitert werden. Dem DKP-Antrag auf Zurückstellung der Vorlage, bis eine Stadtteilversammlung stattgefunden hat, mochten die Parlamentarier nicht folgen. Ob man die Begrünung auf dem Gelände wird retten können, ob man in Zukunft noch von einem Platz (Salvador-Allende-Platz) sprechen kann, wenn dort ein dreigeschossiges Gebäude steht? Wir wagen das zu bezweifeln.

Es ist natürlich richtig, daß ein Bebauungsplan beschlossen wurde, nur hätten wir eine Bebauung mit geringeren Dimensionen gewünscht. Denn man sollte sich in Erinnerung rufen, daß dieses Areal einmal als Grünfläche konzipiert war. Ebenfalls darf angezweifelt werden, daß sich ein Lebensmittelmarkt dort etabliert. Die großen Handelsketten machen gewöhnlich eine Standortanalyse, recherchieren über die Zahl und Art der vorhandenen Geschäfte im Ort, in welchem Umkreis der nächste Markt ist etc.

Den Bürgern der nahen Umgebung sei empfohlen, aufzupassen, wenn der Bebauungsplan zur Einsicht offenliegt. Dort kann man evtl. Einwände vortragen, protokollieren lassen und hoffen, daß das Parlament diese akzeptiert. Darüber hinaus ist als letztes Mittel noch der Klageweg zu nennen. RD

Warteliste

Seit Jahren trägt die evangelische Kirchengemeinde mit städtischen Zuschüssen die Hausaufgabenhilfe. Fast 90 Kinder, dabei sind sieben Nationen vertreten, werden von Sozialarbeitern, Studenten und Hausfrauen betreut.
Leider können nicht alle aufgenommen werden. Es fehlt an Geld und Räumlichkeiten. Deshalb gibt es eine lange Warteliste.
Wir sind für die Erhöhung der Zuschüsse. Sie sind eine Investition in Sachen Völkerfreundschaft und Solidarität.

Nur peinlich?

Die Diskussion um die unerwarteten 800.000 DM-Nachforderungen zum Sanierungsprojekt "Goldener Apfel" ist noch lange nicht zu Ende.
Der Bürgermeister meinte zwar "die Sache ist mehr als peinlich - aber es gibt nichts unregelmäßiges und nichts unredliches."
Ob dies tatsächlich so ist, wird sich herausstellen, wenn im November der Abschlußbericht vorgelegt wird.
Der "blickpunkt" wird dann ausführlich über diesen Skandal berichten.

Umweltfrevel

Die Schäden an der Natur sind durch die Stürme im Frühjahr sehr groß. Man traut dennoch seinen Augen nicht, wenn man die Waldarbeiter bei der Arbeit sieht. Die Äste und Reststämme, teilweise über 30 cm Duchmesser werden wie in alter Zeit verbrannt. Über zehn Meter hohe Flammen lodern zum Himmel, Funkenflug und Rauchwolken sind einige hundert Meter weit zu sehen und zu spüren. Da redet alle Welt von den Umweltfrevlern im Amazonasgebiet oder in der Sahel-Zone, die Wälder in großem Stil verbrennen und bei uns tun wir das gleiche, weil mit den Großmaschinen das Verbrennen kostengünstiger erscheint als das Kompostieren. Dabei sollten wir doch etwas schlauer sein als die sogenannten "Naturvölker" in der "Dritten Welt". RD

blick punkt

Die Erzieherinnen wollen bessere Bezahlung. Zu recht! In Frankfurt gingen jetzt 5.000 Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst auf die Straße. Dies war die Auftaktveranstaltung der ÖTV für die anstehenden Tarifverhandlungen. Auch in unserer Stadt sind die ErzieherInnen aktiv. Auf einem Transparent in Frankfurt war zu lesen: "Sind euch eure Kinder wichtig, dann bezahlt uns endlich richtig!" Dies gilt nicht nur in Frankfurt

Bei der Wahl am 2. Dezember tritt die PDS/Linke Liste an. Damit gibt es für Kräfte links von der SPD die reale Aussicht im gesamtdeutschen Parlament vertreten zu sein.
Zur "PDS - Linke Liste" äußerten sich viele Persönlichkeiten. Einige Meinungen drucken wir heute ab.

Die Diskussionsecke soll künftig zum festen Bestandteil dieser Zeitung gehören.

Wir bitten um Zuschriften.

Pastor Konrad Lübbert, Uetersen, Internationaler Versöhnungsbund:

Wichtig, daß die Linke in Gesamtdeutschland eine starke Stimme hat

"Bestimmt wäre für die künftige Entwickluing gut, wenn den Kräften links von der SPD der Einzug in das neue Parlament gelänge. Denn ich halte es für wichtig, daß die Linke in Gesamtdeutschland eine starke Stimme hat.
Die SPD steht ja immer in der Gefahr, sich an die Verhältnisse anzupassen. Die Grünen entwickeln zwar eine Alternative. Aber die ist im wesentlichen nur ökologisch ausgerichtet. So wichtig das ist, wir brauchen jetzt besonders dringlich die Kritik auch an den sozialen Verhältnissen. Und die würde wahrscheinlich von den Linken in ganz anderer Weise ausgesprochen werden. Auch die Kritik an nationalistischen und eurozentristischen Machtansprüchen, die immer deutlicher hervortreten ...
Ich bin für Abbau von Feindbildern. Auch der antikommunistischen. Und da könnte ein Vertretung der Linken und der PDS im neuen Parlament nur hilfreich sein. Man wird sie natürlich als SED-Nachfolger oder -Freunde anfeinden. Aber es bleibt wohl unsere Aufgabe für die Zukunft, dagegen anzugehen, daß mit dem Antikommunismus falsche Feindbilder aufgezogen werden. Ich bin für hämefreie Auseinandersetzung um die Frage, wie denn die beste Wirtschafts- und Sozialordnung aussieht. Die Suche danach sollte nach meiner Meinung über die Grenzen der Weltanschauungen hinweg gemeinsam stattfinden ..."

Walter Janka, Schriftsteller, von der SED-Führung in den 50er Jahren verfolgter Kommunist:

Neue Gedanken in die Zukunftsdiskussion einbringen

"Seit eh und je war Wahlkampf immer Politik des Tages und Politik für die Zukunft. Deshalb müssen wir gerade jetzt, wo es in Mode gekommen ist, vom endgültigen Scheitern des Sozialismus zu reden, Perspektiven transparent machen, die sich nicht in der Kritik und Verurteilung des vergangenen und gescheiterten Experiments erschöpfen, sondern neue Gedanken und Modelle in den Streit um die Zukunft einbringen.
Herr Kohl verdient auf seine noch zu erwartenden Wahlreden keine andere Antwort als: Wer Kohl wählt, wählt Arbeitslosigkeit. Und er wählt, daß die Kapitalisten in der Bundesrepublik auf dem Boden der ehemaligen DDR ihre gewinnbringenden Geschäfte fortsetzen können."

Jutta Ditfurth, die Grünen:

Dieses Großdeutschland hat uns wahrhaftig verdient

"Die Stärke einer linken Partei liegt auch in ihrer polarisierten Gegnerschaft zu Kapitalparteien und in ihrer souveränen und bewußten Staatsfeindlichkeit. Die Hoffnung, linke Politik harmonisch und nicht polarisiert, also ein bißchen netter, betreiben zu können ist gefährlich und falsch. Sozialistische Positionen stehen im antagonistischen Widerspruch zu den herrschenden Verhältnissen. Dummerweise läßt sich daran nicht einfach etwas ändern durch Beschluß ...
Ich wünsche mir, daß neben den Grünen im kommenden 'Reichstag' auch die PDS-Linke Liste vertreten sein wird. Gemeinsame Opposition gegen den deutschen Größenwahn ist angesagt. Dieses Großdeutschland hat uns wahrhaftig verdient."

Rechtsanwalt Heinrich Hannover, Bremen:

Eine parlamentarisch vertretene sozialistische Alternative

"Ich halte es für unbedingt nötig, daß es auch bei uns eine parlamentarisch vertretene sozialistische Alternative gibt.
In dieser Partei sehe ich Menschen am Wirken, die bisher in Opposition zur herrschenden Richtung der SED standen. Sie haben sich zusammengeschlossen, um auf deutschem Boden für einen Sozialismus einzutreten, der von autoritären Strukturen befreit ist und von humanistischer Zielsetzung ausgeht. Daß trotzdem die Rechte hierzulande mit der Parole 'SED-Nachfolgepartei' hausieren geht, kann mich nicht abschrecken. Sie ist geschult in politischer Diffamierung. Es wird also an gezielter Fehlinformation nicht mangeln."

Christian Schmidt, Ex-Bundestagsabgeordneter der Grünen:

Dieses Parlament braucht eine antikapitalistische Opposition

"Ich möchte mithelfen, gute Voraussetzungen zu schaffen, daß diese Liste in den neuen Bundestag (oder Reichstag) einrückt. Dieses Parlament braucht eine starke Opposition, die antikapitalistisch orientiert ist. Es geht um den Widerstand im neuen Großdeutschland. Ich hoffe, daß die PDS-Linke Liste dafür ein Katalysator ist.
Die Grünen gewährleisten das für mich nicht mehr, sie sind nach eigenem Bekunden zu einer in der Grundtendenz kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Partei geworden. Und die wollen auch die Weltmachtrolle Deutschlands gestalten helfen, wie Antje Vollmer im Bundestag erklärte."

Jakob Moneta, ehemaliger Chefredakteur der IG Metall-Zeitung:

Ein anderer Ausweg

"Die PDS-Linke Liste will einen anderen Ausweg anbieten als diejenigen, die den Zusammenbruch der bürokratischen Kommandowirtschadt vor allem als eine Quelle

für die Vergrößerung ihrer Absatzmärkte und die Festigung ihrer herrschenden Stellung auf dem Weltmarkt sehen.
Wenn das aus vielfältigen Strömungen gebildete Bündnis PDS-Linke Liste als Opposition im Bundestag und in der Gesellschaft Glaubwürdigkeit erringen will, darf es sich nicht vom parlamentarischen Kretinismus einfangen lassen. Allein die Verbindung, das Bündnis mit den außerparlamentarischen Kräften, angefangen von kämpferischen Gewerkschaften, der Frauenbewegung, der ökologischen, der antimilitaristischen, der antifaschistischen und antirassistischen Bewegung bis hin zu den Arbeitsloseninitiativen, als deren Fürsprecher die PDS-Linke Liste die parlamentarische Tribüne nutzen müssen, kann dieser Opposition Glaubwürdigkeit verleihen."

Norman Paech, Rechtsanwalt, Bund Demokratischer JuristInnen

Bundesweite PDS-Kandidatur unumgänglich

"Mir scheint es unumgänglich, daß die PDS bundesweit kandidieren muß, da sie die Wahlen zum Anlaß nehmen muß, ihr neues Programm und neue politische Perspektiven zu verbreiten, und das nicht nur auf dem Gebiet der DDR. Deshalb ist es auch logisch, sich nach Bündnispartnern in der BRD umzuschauen.
Wahlkampf ist immer ein Kampf um Stimmen. Das ist etwas anderes, als wenn ich eine konkrete politische Aktion mit verschiedenen Kräften durchführen will. Dieser Blick auf die Wählerstimmen scheint mir mit der Linken Liste nicht so optimal zu verwirklichen zu sein.
Links von Grünen und SPD muß es eine sozialistische Partei geben. Ob das die PDS in Verbindung mit der Linken Liste programmatisch und überzeugend schafft, weiß ich im Augenblick nicht."

Manfred Coppik, ehemaliger SPD-Bundestagsabgeordneter, Offenbach:

Soziale Belange dürfen nicht auf der Strecke bleiben!

"Zunächst bin ich der Meinung, daß eine linke sozialistische Opposition auch in ein gesamtdeutsches Parlament hineingehört. Würde sie dort fehlen, wäre das schon ein grundlegender Unterschied zu anderen westeuropäischen Ländern. Dort gehört ja durch die Bank eine linkssozialistische Opposition wie selbstverständlich zum Spektrum der parlamentarischen Kräfte.
Was sie bewirken kann? Nun, sie muß alles tun, um zu verhindern, daß im Rahmen des neuen großdeutschen Triumphalismus die sozialen Belange auf der Strecke bleiben.
Ich gehe davon aus, daß die PDS weder personell noch programmatisch mit der SED gleichgesetzt werden kann. Das wird an den Inhalten darzulegen sein. Daß trotzdem eine beachtliche Verleumdungskampagne gegen das Wahlbündnis läuft, darauf muß man eingestellt sein."

Die Diskussion um die Zukunft der Linken beginnt sich zu entwickeln. Der "blickpunkt" steht dabei als örtliche Diskussionstribüne zur Verfügung. Wir freuen uns über Beiträge, die wir an dieser Stelle veröffentlichen wollen.

Gregor Gysi, Vorsitzender der PDS:

Daß die Bäume des Kapitals nicht in den Himmel wachsen"

"Wir wollen etwas für die Bürgerinnen und Bürger erreichen und verhindern, daß die Bäume des Kapitals in den Himmel wachsen und natürlich ein bißchen mehr. Opposition heißt für uns immer auch Alternative. Dennoch fragen uns viele: Hat es Zweck, euch zu wählen, wenn ihr doch von vorneherein in die Minderheit kommen werdet? Wir haben also noch viel genauer zu erklären, was eine starke linke Opposition erreichen kann. Nämlich die Herrschenden im Parlament und außerhalb so weit wie möglich zu kontrollieren. Eine starke linke Opposition kann erzwingen, daß Regierungsarbeit öffentlicher und durchschaubarer wird. Und sie kann Alternativen anbieten, kompetente Vorschläge für praktische Politik. Und sie kann der Weltöffentlichkeit zeigen, es gibt Deutsche, die Widerstand leisten gegen hegemoniale und imperiale Bestrebungen einer Großdeutschlands."

Dorothee Sölle, Theologin, Schriftstellerin:

Die Kritik am Kapitalismus darf nicht untergehen

"Das Wahlbündnis verdient Unterstützung, weil die Stimme einer schärferen und klareren Kritik am Kapitalismus nicht untergehen darf.

Daß der Kapitalismus nicht das Ende aller Dinge, die ewig gültige, von Gott erschaffene Wirtschaftsform ist, müßte meine ich, jeder Christ begreifen. Es gibt ja den gewissen Vorbehalt, den Christen gegenüber jeder irdischen Ordnung haben und der trifft ja nun weiß Gott auf den Kapitalismus mit seinen 40.000 Hungertoten jeden Tag zu. Und diese Realprobleme - die in der Dritten Welt, wie auch die der ökologischen Katastrophe, die uns überall droht - sind ja nicht durch den Zusammenbruch des östlichen Systems gelöst. Im Gegenteil, ich sehe sie nun noch schärfer auf uns zukommen.

Wir brauchen das Bündnis zwischen der säkularen und christlichen Linken. Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung sind drei Elemente christlichen Glaubens am Ende dieses Jahrtausends, ohne die man nicht Christ sein kann."

Rechtsanwalt Klaus Croissant, Berlin:

Wer soll denn sonst dem Großmachtstreben und dem Rechtsdrall entgegentreten?

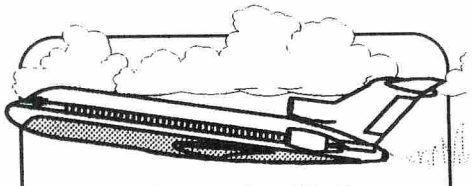
"Wenn nach dem 2. Dezember in das gesamtdeutsche Parlament Kräfte links von der SPD einziehen würden, könnte ich das nur begrüßen. Mit dem Bündnis PDS-Linke Liste käme dann zum ersten Mal nach 1953, als die KPD aus dem Bundestag verschwand, eine konsequente linke Kraft zum Zug. Ich finde, daß das gerade jetzt einfach nottut.
Ich sehe nationalistische Tendenzen bis zum Streben nach Großmacht - oder sogar Weltmachtpositionen aufkommen. Um dem entgegenzutreten, werden die Linken im Parlament gebraucht.
Ich setze darauf, daß es eine ganze Anzahl von Protestwählern geben wird, die sich bei den bisherigen Parteien einschließlich SPD und Grünen nicht mehr vertreten fühlen."

Fluglärm macht krank

Wer kennt es nicht - man wacht morgens auf und ist wie gerädert.
Barbara Greifhahn, eine weltweit anerkannt Schlafforscherin, referierte kürzlich bei der "Bundesvereinigung gegen Fluglärm". Sie machte deutlich, schon bei 55 Dezibel wird die Qualität des Schlafes verändert, auch wenn der Mensch nicht aufwacht.
Beiläufig: die US-Galaxy verursachte vor kurzem in Gräfenhausen 104, in Worfelden 100, in Mörfelden-Süd 93 Dezibel.

Keine Entlastung zu erwarten

Bei der Aufsichtsratssitzung der "Frankfurter Flughafen AG" am 20.9.1990 wurde die "Perspektivplanung der FAG nach dem Jahr 2000" vorgelegt.
Darin wird vor allem auf die Nutzung des US-Flugplatzes Wiesbaden-Erbenheim gepocht. Auf die Anlage einer dritten Parallelbahn und die Nutzung der Startbahn West als Landebahn will man verzichten.
Wie auch immer, die Nutzung von Erbenheim bringt keine Entlastung im regionalen Luftraum - und das wäre notwendig.



Die Proteste dürfen nicht abreißen!
Fluglärmbeschwerdestelle anrufen!
Telefon 069/6902200

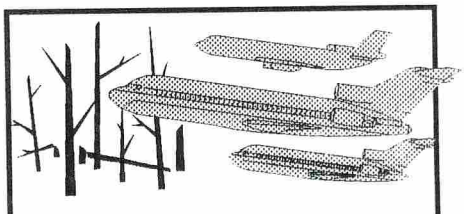
Jede Minute Krach

Die "Interessengemeinschaft zur Bekämpfung des Fluglärms e.V." hat eine Übersicht über die Flugbewegungen auf Rhein-Main vorgelegt. Darin heißt es u.a.: "Am Frankfurter Flughafen gab es 1987: 269.000 zivile Flugbewegungen. Von dieser Zahl ausgehend wurde eine jährliche Steigerung um 6 Prozent prognostiziert.
1988 (+ 6%): 285.000 vorausgesagte zivile Flugbewegungen - 293.944 waren es tatsächlich!
1989 (+ 6%): 302.248 vorausgesagte zivile Flugbewegungen - 311.770 waren es tatsächlich!
Zuzüglich 12.000 militärische Flugbewegungen = 323.770 Flugbewegungen insgesamt.
1990 (+ 6%): 320.382 vorausgesagte zivile Flugbewegungen - zuzüglich einer gewaltig gestiegenen Zahl militärischer Flugbewegungen.
Es waren also 1989 schon mehr tatsächliche Flugbewegungen, als für 1990 vorausgesagt waren."
In der Übersicht wird die weitere Steigerung prognostiziert:
Von 1991: 339.605 bis 1999: 541.280 vorausgesagte zivile Flugbewegungen.
Dann heißt es: "Zu Beginn des Jahres 2000 ist also die prognostizierte Verdoppelung der Flugbewegungen im zivilen Bereicht wahr geworden! Die Zahl der militärischen Flugbewegungen wird wahrscheinlich gleich bleiben. 10 bis 15.000 pro Jahr.
Das bedeutet, daß in Frankfurt in jeder Minute des Jahres rund um die Uhr auf dem Frankfurter Flughafen ein Flugzeug landet oder startet!
Derzeit rechnet die Luftfahrt aber bereits mit einer Verdreifachung der Flugbewegungen! Angeblich kann die Verdoppelung der Flugbewegungen bis zum Jahre 2000 ohne die Verlegung oder den Neubau von Start- und Landebahnen bewältigt werden. Doch wie, will niemand sagen.
Eine vorausschauende Begrenzung der Flugbewegung wird von den Politikern abgelehnt.

Wie sollen die Menschen die bestehenden und kommenden Fluglärmsteigerungen weiter erdulden können, wo schon jetzt das gesundheitlich vertretbare Maß deutlich überschritten ist?"

List of base closings

Am 19. September veröffentlichte die amerikanische Soldatenzeitung "The STARS and STRIPES" die Liste der US-Basen, die demnächst geschlossen werden sollen. Nicht dabei ist die US-Air Base!
Von hier aus gehen zur Zeit große Belastungen aus. Tag und Nacht fliegen die riesigen Militärtransporter über unsere Dächer zum Golf, beladen mit dem Teufelszeug für die moderne Kriegsführung.
Nun gibt es zwar seit Anfang dieses Monats sozusagen die "volle Souveränität", aber niemand denkt daran, an die Verträge zu gehen, die es den US-Militärs gestatten, die im Jahre 1945 beschlagnahmten 364 Hektar Frankfurter Flughafen zu belegen.
Ganz im Gegenteil! Wie wir von der "Hessischen Gesellschaft für Frieden und Konfliktforschung" erfuhren, hat Kohl dem amerikanischen Präsidenten Bush am Anfang der Golfkrise ausdrücklich die weitere Nutzung der US-Air Base Frankfurt zugesagt.



Immer mehr Krach, immer mehr Dreck, immer weniger Wald!

Gemeinsam gegen weitere Ausbaupläne auftreten!

Die Kohl-Leute im Kreistag Groß-Gerau haben so denn auch eine Resolution eingebracht, in der der US-Luftwaffe auf der Rhein-Main-Air Base die "ungeteilt Solidarität und der Respekt vor ihrer großen Leistung" ausgesprochen wird.
Von dieser Partei ist es weiterhin nicht zu erwarten, daß die Air Base auf die "list of base closings" gesetzt wird. rh

Teures Deutschland

In dieser Zeit wird mit Milliardenbeträgen herumgeworfen, daß es einem schwarz vor Augen wird. Die Vereinigung soll 120 Milliarden DM kosten. 60 Milliarden allein noch in diesem Jahr. Bürgermeister Brehl schätzt für unsere Stadt für die nächsten vier Jahre Kosten von 930.000 Mark, die allein durch die Erhöhung der Gewerbesteuer-Umlage eintreten. Der Stadtkämmerer von Dietzenbach rechnet ab 1994 eine jährliche Belastung von 762.000 Mark für die "Deutsche Einheit". Der Stadtkämmerer von Gießen meint: "Ab 1993 werden wir allein in der Stadt Gießen zur Finanzierung des Fonds Deutsche Einheit 25 Jahre lang jedes Jahr 2,5 Millionen DM aufbringen müssen." Viele solcher Zitate könnten wir hier abdrucken.

Dabei ist noch nicht einmal klar, welche Steuererhöhungen nach der Wahl kommen werden.

Klar ist aber, wer die deutsche Einheit bezahlen soll. Doch es gibt auch welche, die machen ihren Schnitt.

Der Arbeitslose zahlt drauf, weil die Konzerne nicht investieren, sondern absahnen, nicht Arbeitsplätze schaffen, sondern abschaffen. Die Beitragszahlen zahlen drauf, weil die Pharmakonzerne nun auch auf dem ehemaligen DDR-Gebiet zuschlagen, wie sie es gewöhnt sind, bei uns zuzuschlagen.

Die Handelsketten schlucken die Handelsorganisation drüben (und schmeißen beiläufig auch noch die alten "DDR-Produkte" raus). Die Allianz hat sich die frühere staatliche Versicherung der ehemaligen DDR unter den Nagel gerissen. Die Energiekonzerne haben die Ostländer unter sich längst aufgeteilt, nach dem Monopolmuster der Bundesrepublik.

Die Deutsche Bundesbank hat die Staatsbank übernommen.
Die Ruhrgas-AG in Essen hat die gesamte Gasversorgung der ehemaligen DDR übernommen - für ganze 350 Millionen Mark! In welchem Zustand auch immer die Anlagen sein mögen, sie sind flächendeckend, sie sind einfach vorhanden, funktionieren, der Abnehmerkreis ist da - diese Gasversorgung repräsentiert einen Milliardenwert, unter den Nagel gerissen für 350 Millionen!

Beispiele über Beispiele. Trotzdem wählte am 14. Oktober eine Mehrheit in Ostdeutschland die CDU. Wann kommt da das Erwachen? rh

Im Westen nichts Neues?

Der 3. Oktober 1990 - der Tag der Vereinigung von Bundesrepublik Deutschland und Deutscher Demokratischer Republik - war für viele Menschen ein Tag der Freude, aber auch banger Erwartungen. Was wird aus diesem Land, das in wenigen Monaten zusammengefügt wurde? - Viele sagen auch: "Zusammengenagelt, obs paßt oder nicht". Die DDR-Volkskammer hatte es sich nicht nehmen lassen, Gesetze zur Rehabilitierung unschuldig politisch Verfolgter und zur Einsichtnahme der Bürger in die Akten der Geheimdienste zu verabschieden. Gesetze, die auch künftig gelten sollen. Wie überall in Osteuropa wurde daran gegangen, die Justiz des Kalten Krieges zu überwinden.
Nichts von alledem in der Bundesrepublik. Anläßlich dieses 3. Oktobers 1990 ist keine Amnestie für jene erfolgt, die in den vergangenen Jahrzehnten aufgrund der politischen Situation verfolgt und nicht selten zu mehrjährigen Freiheitsstrafen, zu Polizeiaufsicht, Aberkennung demokratischer Grundrechte für drei bis fünf Jahre und ähnliches verurteilt wurden. Hier wurde keine Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges eingeleitet.
Tausende Menschen wurden in den 50er und 60er Jahren zu Haftstrafen verurteilt und eingesperrt, weil sie angeblich gegen das KPD-Verbot verstießen. Unschuldige wurden zu Hunderttausenden von Geheimdiensten verfolgt und diskriminiert, was zu Arbeitsplatzverlusten führte. Rentenminderungen sind für viele der Opfer Nachwirkungen jener Kalte-Kriegs-Politik der Bundesregierungen. Bis in unsere Tage hinein wirken Berufsverbote, die Verurteilungen von Friedensdemonstranten. Sogar antifaschistische Widerstandskämpfer, die in Hitlers Kerkern und Konzentrationslagern litten, wurden erneut bestraft, oftmals ihrer Wiedergutmachungsbezüge beraubt und das allein deshalb, weil sie für Frieden und Verständigung in Deutschland wirkten.
Das gesamtdeutsche Parlament sollte sich schnell mit diesen "Altlasten" befassen. Die Opfer des Kalten Krieges gehören politisch und moralisch rehabilitiert, die Berufsverbote und die Verfolgung von Friedensdemonstranten müssen aufhören. Die Praxis der Geheimdienste muß auch hier untersucht werden.

Stadtgeschichte

Auch 1926 waren in Mörfelden die "Kerweborsch" recht aktiv, wie man auf unserem 64 Jahre alten Foto unschwer erkennen kann. Die Gesellschaft nannte sich "Vergißmeinnicht" und war in der Gaststätte "Zur Krone" stationiert. Auch waren sie begeisterte Sänger im Gesangverein "Frohsinn". Mit Begeisterung erzählte Georg Janz, ein noch rüstiges Mitglied der damaligen "Kerweborsch" von der guten Stimmung, trotz schlechter Zeit. Von ihm erhielten wir auch die Namen der Männer mit den weißen Schürzen. Es sind stehend, hintere Reihe von links: Georg Küchler (Fahrrad-Küchler), Hugo Schilder, Wilhelm Schöneberger, Peter Arndt, Georg Janz. Vordere Reihe von links: Heinrich Küchler, Georg Fritz, Georg Gemandt, Wilhelm Berz und sitzend auf dem Bierfaß: der "Kerwevadder" Fritz Knodt.

Georg Janz sagte noch: "Stationiert warn mer in de Kron, aber gefeiert hon mer beim Avemary (ehemalige Gaststätte in der Bahnhofstraße, Besitzer Herzberger) weje em Saal!"

Auch 1990 gibt es wieder 18 Kerweborsch, die im Bürgerhaus stationiert sind, mit ihrem Kerwevadder Dieter Schöneberger.

Frauenhaus braucht dringend Geld!

Zum Informationsaustausch trafen sich vor kurzem Kommunalpolitikerinnen - die SPD- und CDU-Frauen fehlten leider - mit den Mitarbeiterinnen des Frauenhauses Groß-Gerau.

Zweck war, über die Situation des Frauenhauses zu informieren und die finanziellen Probleme aufzuzeigen. Denn auch in diesem Jahr wird es in der Haushaltsberatung für 1990 wiederum darum gehen, den Zuschuß für das Frauenhaus zu erhöhen. Schon im letzten Jahr unterstützte die DKP-Fraktion mit einem entsprechenden Antrag zum Haushaltsplan die Forderungen der Frauen, den Zuschuß der Städte und Gemeinden von 1,- auf 1,50 DM pro Einwohner zu erhöhen. Leider scheiterte dieser Antrag an SPD und GBL (die CDU lehnt in dieser Frage jegliche Unterstützung ab).

Sehr informativ war der Bericht der Frauen aus Groß-Gerau über die Situation des Frauenhauses ingesamt. Im Frauenhaus leben derzeit 47 Frauen mit 51 Kindern. 86 Frauern mit 126 Kindern mußten in diesem Jahr wegen Platzmangels abgewiesen werden. Sehr umfangreich und vielschichtig ist die Arbeit, der zur Zeit dort arbeitenden Sozialarbeiterinnen und Betreuerinnen. Die Probleme sind unterschiedlich und kompliziert; auf engstem Raum leben, bunt zusammengewürfelt, die Frauen mit ihren Kindern. Dazu kommen oft der Druck und die Drohungen von Seiten der Männer. Um all dies zu bewältigen, fordern die Frauen eine Aufstockung des Personals, um eine ordentliche Betreuung zu gewährleisten. Diese Aufstockung wird vom Kreisausgleichsstock jedoch nicht aufgefangen, so daß das Frauenhaus auf eine Erhöhung von Seiten der Kommunen im Kreis angewiesen ist.

Man darf gespannt sein, wie sich in diesem Jahr die Fraktionen von SPD und GBL verhalten, wenn im hiesigen Stadtparlament die Forderung nach einer Erhöhung auf den Tisch kommt . . . fk

Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Mörfelden-Walldorf - Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, Hochstraße 22, Mörfelden, Telefon 22362.